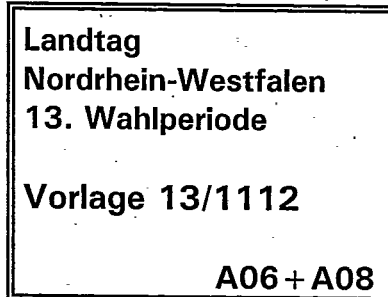


## **Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuss



**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002)**

**Einzelplan 03 - Innenministerium**

- Drucksachen 13/1400, 13/1700 und 13/1790 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

**Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform**

**Berichterstatter** Abg. Jürgen Jentsch SPD

### **Beschlussempfehlung**

Der Einzelplan 03 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform - wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

## **Bericht**

### **A Allgemeines**

Der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform hat den Einzelplan 03 in seinen Sitzungen am 27. September und 29. November 2001 beraten.

### **B Anträge der Fraktionen**

Die Anträge der Fraktionen sind aus der Anlage ersichtlich. Die Begründungen zu den jeweiligen Anträgen und die Einzelabstimmungsergebnisse sind ebenfalls in der Anlage aufgeführt.

### **C Gesamtabstimmung**

Bei der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 03 unter Einbeziehung der angenommenen Änderungsanträge mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP vom Ausschuss angenommen.

Klaus Stallmann  
Vorsitzender

Anlage

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03  
im Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform  
zum Haushaltsgesetz 2002**

**Personalhaushalt**

Anlage zu Vorlage 13/1112

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p><b>Kapitel 03 110</b>      <b>Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</b></p> <p><b>Titel 422 02 042</b>      <b>Bezüge der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</b></p> <p>Die Zahl der beabsichtigten Neueinstellungen wird um 250 auf 1.276 erhöht.</p> <p>Der Ansatz von wird um auf erhöht.</p> <p><b>Begründung:</b> Nach wie vor gibt es zu wenig Polizisten in Nordrhein-Westfalen. Eklatant ist der Mangel an gezielt ausgebildeten Spezialisten, etwa bei der Gewinn- und Vermögensabschöpfung. Nordrhein-Westfalen braucht 1.000 Polizisten zusätzlich. Es muss damit</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD                      nein CDU                      ja FDP                      ja GRÜNE                  nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1112

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 1		begonnen werden, diese Situation zu verbessern. Daher ist Hand in Hand mit weiteren Aufgabenstrukturierungen eine Aufstockung des Stellenplanes erforderlich.	
2	CDU	<p>Kapitel 03 110      Polizeibehörden</p> <p>Titel 425 01 042      Vergütung der Angestellten</p> <p>Der Ansatz von                      163.503.200 EUR  wird um                                      10.000.000 EUR  auf    173.503.200 EUR</p> <p>erhöht.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sind nicht erst im Zusammenhang mit der Verlagerung der polizeilichen Arbeit auf Sicherheitsmaßnahmen überlastet. Zur Verstärkung und Entlastung der Polizeibeamtinnen und -beamten gerade im Objektschutz oder etwa im Innendienst können Angestellte im Polizeidienst einen wesentlichen Beitrag leisten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD                      nein  CDU                      ja  FDP                      ja  GRÜNE                      nein</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03  
im Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform  
zum Haushaltsgesetz 2002**

**Sachhaushalt**

Anlage zu Vorlage 13/1112

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 03 020 Titelgruppe 60</p> <p>Titel neu 511 60 054</p> <p>Der Ansatz von wird um auf erhöht.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>War die Ausstattung und Ausrüstung schon bisher völlig unzureichend, ist sie es angesichts der neuen Bedrohungslage erst Recht. Nur durch eine erhebliche Erhöhung des in Ansatz gebrachten Betrages kann ernsthaft erreicht werden, dass die Voraussetzungen für die Bekämpfung von Großschadensereignissen verbessert werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD                   nein CDU                   ja FDP                   ja GRÜNE               nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung!)	Abstimmungsergebnis
2	FDP	<p>Kapitel 03 020      <b>Allgemeine Bewilligungen</b></p> <p><b>Neue Titelgruppe 90      Verstärkung der Inneren Sicherheit</b></p> <p>Die Titelgruppe erhält folgende Haushaltsvermerke:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Ausgaben der Titelgruppen sind gegenseitig deckungsfähig.</li> <li>2. Die bei Titel 972 00 ausgebrachte einzelplanbezogene Minderausgabe in Höhe von 26.867.000 EUR darf nicht im Rahmen dieser Titelgruppe erwirtschaftet werden.</li> </ol> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Landesregierung hat die Notwendigkeit von Maßnahmen für die Innere Sicherheit erkannt. Allerdings wird der Entwurf des Haushalts 2002 den bestehenden Notwendigkeiten nicht gerecht.</p> <p>Der Haushalt wird die Probleme der Inneren Sicherheit in den verschiedenen Bereichen aber nicht lösen, sondern im Bereich der Polizei beispielsweise Missstände nur verringern. Es wird weiter Probleme mit der Ausstattung und im IT-Bereich geben.</p> <p>Außerdem muss im Bereich des Innenministeriums eine Globale Minderausgabe von 26,9 Mio. DM erwirtschaftet werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD            nein</p> <p>CDU            Enthaltung</p> <p>FDP            ja</p> <p>GRÜNE        nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 2		<p>Sammeltitel 422 01/425 01            Ansatz: 11.000.000 EUR</p> <p><b>Haushaltsvermerk:</b></p> <p>Es sind folgende Stellen zu schaffen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. 250 Angestellte bei der Polizei der Vergütungsgruppe BAT VI b</li> <li>2. 50 Datenschützer der Besoldungsgruppe A9 BBesO</li> <li>3. Aushilfsmittel zur Verstärkung des Ansatzes bei Kapitel 03 630 Titel 427 01 für sechs weitere Stellen im Bereich der Landesbeauftragten für den Datenschutz des Landes Nordrhein -Westfalen 300.000 EUR</li> <li>4. 3 Stellen für Experten im Bereich des Verfassungsschutzes der Vergütungsgruppe BAT I b</li> </ol> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Schaffung dieser Stellen ist notwendig, um den Herausforderungen der Gewährleistung Innerer Sicherheit und der Terrorismusbekämpfung gerecht zu werden. Die 250 Angestellten sollen Verwaltungsaufgaben für Polizistinnen und Polizisten übernehmen. Die Polizistinnen und Polizisten werden von ihren Verwaltungsaufgaben freigestellt und stehen sofort für originäre Polizeiaufgaben zur Verfügung. 250 Angestellte mehr als der Haushaltsentwurf vorsieht sind notwendig, um einen Schub für die originäre Polizeiarbeit zur Herstellung und zum Erhalt der Inneren Sicherheit her-</p>	

Anlage zu Vorlage 13/1112

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 2		<p>beizuführen. Da verstärkt in die Grund- und Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger eingegriffen wird, in dem z.B. immer mehr Daten gesammelt und ausgetauscht werden, Rasterfahndungen durchgeführt werden etc., muss dem Datenschutz gleichzeitig zunehmend mehr Gewicht beigemessen werden. Es muss eine Balance zwischen Eingriffen auf der einen Seite und Datenschutz bzw. Kontrolle, ob der Datenschutz eingehalten wird, hergestellt werden. Daher soll in jeder Kreispolizeibehörde eine Stelle für eine Datenschutzlerin oder einen Datenschützer zusätzlich für die wichtige Aufgabe des Datenschutzes geschaffen werden.Darüber hinaus ist es notwendig bei der Landesbeauftragten für Datenschutz 6 weitere Stellen zu schaffen, denn auch auf die Datenschutzbeauftragte des Landes Nordrhein -Westfalen kommen immer mehr Aufgaben zu. Beim Verfassungsschutz werden drei weitere Stellen für Experten geschaffen, die die Facetten der notwendigen Struktur- und Kulturanalysen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismusabdecken und zusammenbringen sollen.</p> <p><b>Titel 971 00 Globale Mehrausgabe für Maßnahmen zur Stärkung der Inneren Sicherheit</b></p> <p>neuer Ansatz 9.000.000 EUR</p>	



Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 2		<p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Mittel dieses Titels sollen den notwendigen Freiraum schaffen, auf veränderte Sicherheitslagen reagieren zu können. Sie sollen die Möglichkeit eröffnen, Ergebnisse der Risikoanalyse der Expertengruppe im nordrhein-westfälischen Innenministerium noch im Haushaltsjahr 2002 umzusetzen. Es sollen Mittel zur Verfügung stehen, um eine Studie in Auftrag geben zu können zur Organisation des Objektschutzes. Darüber hinaus stehen die Mittel für Sachausstattungen und Bedarfsmittel zur Verfügung. Terrorismusbekämpfung darf keine Frage der "Spritkosten" pp. sein, daher müssen ausreichende Mittel in allen Bereichen zur Verfügung stehen.</p> <p>Ohne Einsatz von modernen Computersystemen und Datenbanken wird Terrorismusbekämpfung und die Herstellung innerer Sicherheit kaum möglich sein. Daher sollen die Mittel für den IT-Bereich verwendet werden. Hier ist dringender Handlungsbedarf. Es kann nicht sein, dass Polizisten beispielsweise ihre eigenen Computer für ihre Arbeit zur Verfügung stellen. Neben der Grundvoraussetzung intakter Strukturen und von genügend Personal ist für die Terrorismusbekämpfung Wissen von zentraler Bedeutung. Dieses Wissen wird auf der einen Seite durch Experten z.B. beim Verfassungsschutz erlangt werden können. Konkretes Wissen über geplante Ereignisse wird aber nur schwer für den Verfassungsschutz zu erlangen sein. Daher sollen Mittel für die Auslobung von Geldern bereit gestellt werden, um konkrete Hinweise aus der Bevölkerung zu erlangen. Es müssen die Mittel für Zeugenschutz-</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 2		<p>programme dann aber gleichzeitig auch verstärkt werden. Außer dem sollen die Mittel die Möglichkeit schaffen, ein Fortbildungsprogramm für Mitglieder von ausländischen Polizeien zu installieren (entweder zur Konfliktvermeidung im Vorfeld oder im Rahmen von UN-Missionen): Ein solches Programm soll auf der einen Seite der Vermittlung unserer Rechtsstaatsvorstellungen dienen und auf der anderen Seite zum Kennenlernen und Austausch von Denkweisen und Strukturen beitragen.</p>	
3	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 03 020 Titel 636 00</p> <p>"Allgemeine Bewilligungen" "Sonstige Erstattungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit"</p> <p>Der Ansatz von wird um auf</p> <p>4.090.300 EUR 113.000 EUR 3.977.300 EUR</p> <p>gesenkt.</p> <p><b>Begründung:</b> Beitrag zur Deckung von Mehrausgaben.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein FDP ja GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 03 030 Titel 536 00</p> <p>Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge Rückführung</p> <p>Der Ansatz von 15.338.800 EUR wird um 2.000.000 EUR auf 13.338.800 EUR gekürzt.</p> <p><b>Begründung:</b> Beitrag zur Deckung von Mehrausgaben.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein FDP ja GRÜNE ja</p>
5	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 03 030 Titel 633 10</p> <p>Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge Erstattung der Kosten für die Zentralen Ausländerbehörden (ZAB)</p> <p>Der Ansatz von 15.338.800 EUR wird um 3.000.000 EUR auf 12.338.800 EUR gekürzt.</p> <p><b>Begründung:</b> Beitrag zur Deckung von Mehrausgaben.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein FDP ja GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis								
6	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 684 10</p> <p>a) (neue Bezeichnung) Förderung der Flüchtlingsarbeit</p> <p>b) Der Ansatz von wird um auf erhöht.</p> <p>Die Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p><b>Erläuterungen:</b></p> <p>Die Mittel für die Förderung der Flüchtlingsarbeit werden wie folgt aufgeteilt:</p> <table border="0"> <tr> <td>Verein zur Förderung der Flüchtlingsarbeit In NRW e.V. (Trägerverein des Flüchtlingsrates NRW) in Dülmen</td> <td>153 000 EUR</td> </tr> <tr> <td>Arbeitskreis Asyl NRW e.V. in Köln</td> <td>103 000 EUR</td> </tr> <tr> <td>Diakonisches Werk der evangelischen Kirche im Rheinland -Abschiebebeobachtung-Internationaler Verein für Menschenrechte der Kurden (IMK) e.V. in Bonn</td> <td>30 000 EUR</td> </tr> <tr> <td></td> <td>46 000 EUR</td> </tr> </table>	Verein zur Förderung der Flüchtlingsarbeit In NRW e.V. (Trägerverein des Flüchtlingsrates NRW) in Dülmen	153 000 EUR	Arbeitskreis Asyl NRW e.V. in Köln	103 000 EUR	Diakonisches Werk der evangelischen Kirche im Rheinland -Abschiebebeobachtung-Internationaler Verein für Menschenrechte der Kurden (IMK) e.V. in Bonn	30 000 EUR		46 000 EUR	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja</p>
Verein zur Förderung der Flüchtlingsarbeit In NRW e.V. (Trägerverein des Flüchtlingsrates NRW) in Dülmen	153 000 EUR										
Arbeitskreis Asyl NRW e.V. in Köln	103 000 EUR										
Diakonisches Werk der evangelischen Kirche im Rheinland -Abschiebebeobachtung-Internationaler Verein für Menschenrechte der Kurden (IMK) e.V. in Bonn	30 000 EUR										
	46 000 EUR										

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 6		<p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Erhöhung ist notwendig, um auch in Zukunft die überaus sinnvolle Arbeit der Flüchtlingsorganisationen fortzusetzen. Um eine den Gegebenheiten entsprechende Förderung zu erzielen, soll künftig von vorneherein die Verteilung, die bisher durch den Flüchtlingsrat erfolgte, auf die entsprechenden Einrichtungen vorgenommen werden.</p>	
7	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p><b>Kapitel 03 030</b> Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p><b>Titel 684 20</b> Soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen</p> <p>Der Ansatz von 1.668.100 EUR wird um 556.000 EUR auf 2.224.100 EUR erhöht.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen "lebt" vom ehrenamtlichen Engagement. Die Erhöhung ist notwendig, um die sinnvolle Projektarbeit nicht zu gefährden.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 03 030</p> <p>Titel 684 30</p> <p>Der Ansatz von wird um auf erhöht.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Über die DRK-Stiftung sind die vom Landtag gewollten sozialen Betreuungsmaßnahmen für die sich in Abschiebehaft befindlichen Personen in Höhe von jährlich einer Million DM finanziert worden. Da die Stiftungsmittel erschöpft waren, war die Weiterfinanzie- rung dieser Maßnahmen durch die DRK-Stiftung nur noch für das erste Vierteljahr 2001 möglich. Um diese anerkannt wichtige und notwendige Arbeit in ausreichendem Umfang für die betroffenen Menschen fortzusetzen, muss das Land die Förderung sicher- stellen.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein FDP ja GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 03 110 Titel 453 01</p> <p>Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen Trennungsschädigung und Umzugs- kostenvergütung</p> <p>Der Ansatz wird von um 3.050.000 EUR auf 500.000 EUR gekürzt. Begründung: Beitrag zur Deckung von Mehrausgaben.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein FDP ja GRÜNE ja</p>
10	CDU	<p>Kapitel 03 110 Titel 536 10 042</p> <p>Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen Sonstige Ausgaben für die Polizei, öffent- liche Sicherheit</p> <p>Änderung der Zweckbestimmung: In der Zweckbestimmung sind die Wörter "antischwuler und antilesbischer" zu streichen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 10		<p>Der Haushaltsvermerk zu Titel 536 10 042 ist entsprechend zu ändern.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Prävention ist notwendiger Bestandteil der Kriminalitätsbekämpfung. Eine Differenzierung aber zwischen präventiven Maßnahmen bei Gewalt gegen Schwule und Lesben - so notwendig diese sein mag - und der Prävention bei Gewalt gegen andere Personen, ist nicht erforderlich. Schwule und Lesben sind selbstverständlicher Teil des gesellschaftlichen Lebens, gerade in Großstädten.</p>	
11	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 03 110            Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen Titel 698 10            Stiftungsanteil des Landes NRW am Deutschen Forum für Kriminalprävention</p> <p>Der Ansatz von            225.000 EUR wird um                    225.000 EUR auf                            0 EUR gekürzt.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Beitrag zur Deckung von Mehrausgaben.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD            ja CDU            ja FDP            ja GRÜNE        ja</p>



Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	CDU	<p>Kapitel 03 110</p> <p>Titel 812 01 042</p> <p>Der Ansatz von wird um auf erhöht.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Zur wirksamen Bekämpfung des Terrorismus benötigt die Polizei auch die erforderliche Ausstattung. Die Erhöhung des Ansatzes ist insbesondere für die Verbesserung der Ausstattung mit kriminal-technischem Gerät bei dem Landeskriminalamt und den Polizeibehörden- und -einrichtungen zu verwenden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD            nein CDU            ja FDP            ja GRÜNE        nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13	FDP	<p>Kapitel 03 110      Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein - Westfalen</p> <p>Titelgruppe 60      Informations- und Kommunikationstechnik</p> <p>Titel 812 60        Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen</p> <p><b>Haushaltsvermerk:</b></p> <p>Die Ausgaben sind in Höhe von 3.000.000 EUR gesperrt. Die Aufhebung bedarf der Einwilligung des Haushalt- und Finanzausschusses des Landtages Nordrhein - Westfalen. Für die Aufhebung der Sperre ist die Vorlage eines zwischen dem Bundesinnenministerium und dem Bundesrechnungshof abgestimmten Berichts erforderlich.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bei dem von Bund und den Ländern finanzierte Projekt Computer-Fahndungssystem INPOL neu/ AGIL, das die Fahndungsdaten der Länder und des Bundeskriminalamtes vernetzen sollte, sind eine Vielzahl von Unzulänglichkeiten aufgetreten. Daher erfolgt eine qualifizierte Sperre, bis zur Grundsatzentscheidungen über die Art und Weise der Projektförderung getroffen worden sind.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD                    nein</p> <p>CDU                    Enthaltung</p> <p>FDP                    ja</p> <p>GRÜNE                nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 03 710 Titel 883 00</p> <p>Feuerschutz und Hilfeleistung Landeszuschüsse an Gemeinden (GV) zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung</p> <p>1. Wegfall des Haushaltsvermerks 3.</p> <p><b>Begründung:</b> Folgeänderung zur Ergänzung des § 15 Abs. 5 Haushaltsgesetzes (Übertragbarkeit der aus der Feuerschutzsteuer gewährten Investitions- pauschale)</p> <p>2. Ausbringung eines neuen Haushaltsvermerks bei Kapitel 03 710, Titel 883 00: " Die Zuweisungen können ausnahmsweise auch für Miete und Leasing eingesetzt werden."</p> <p><b>Begründung:</b> - Handhabung wie bei der Schulpauschale</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
15	CDU	<p>Kapitel 03 710            Feuerschutz und Hilfeleistungen</p> <p>Titel 883 00 044        Landeszuschüsse an Gemeinden (GV) zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistungen</p> <p>Der Ansatz von    38.463.200 EUR wird um    3.000.000 EUR auf    41.463.200 EUR erhöht.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Damit die Feuerwehr im Brand- und Katastrophenfall wirksame Hilfe leisten kann, muss sie stärkere finanzielle Unterstützung erfahren. Das Aufkommen der Mittel aus der Feuerschutzsteuer muss den Gemeinden zukommen. Das Aufkommen aus der Feuer- schutzsteuer ist nur für den Brandschutz zu verwenden. Die übrige Aufgaben des Feuerschutzgesetzes NW sind aus dem all- gemeinen Haushalt zu finanzieren.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD            nein CDU            ja FDP            ja GRÜNE        nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
16	FDP	<p>Kapitel 03 710      Feuerschutz und Hilfeleistungen</p> <p>Titel 883 00      Landeszuschüsse an Gemeinden (GV) zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung</p> <p>Der Ansatz von      38.463.200 EUR  wird um      20.000.000 EUR  auf      58.483.200 EUR  erhöht.</p> <p><b>Haushaltsvermerk:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Mehreinnahmen bei dem Kapitel 03 710 sowie bei Kapitel 20 010 Titel 059 00 erhöhen die Mittel dieses Titels.</li> <li>2. Minder- oder Mehreinnahmen bei dem Kapitel 03 710 erhöhen oder vermindern die Mittel dieses Titels.</li> <li>5. Aus den Mitteln dieses Titels dürfen auch Ausgaben des Verwaltungshaushaltes/ konsumtive Ausgaben getätigt werden.</li> </ol> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Seit jeher finanzieren die Städte, Gemeinden und Kreise ihre kommunalen Aufgaben nach dem FSHG aus den vom Lande zugewiesenen Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer. Diese Einnahmen sind infolge der Deregulierung der Versicherungsmärkte und des</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD      nein  CDU      Enthaltung  FDP      ja  GRÜNE      nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 16		<p>dadurch hervorgerufenen verminderten Prämien- und Steuereinkommens stark rückläufig. Erschwerend kommt hinzu, dass das Land aus der Feuerschutzsteuer auch seine originäre Aufgabe im Bereich des Katastrophenschutzes und darüber hinaus auch die richtigerweise als Landesaufgabe zu verstehende Unterhaltung der Landesfeuerwehrschule aus den Einnahmen der Feuerschutzsteuer finanziert. Bereits vor den Terrorereignissen am 11. September 2001 in den USA drohte eine chronische Unterfinanzierung des Feuer- und Katastrophenschutzes. Erst recht gilt dies im Hinblick auf die Bedrohungslage durch den internationalen Terrorismus. Der Ansatz für die Feuerwehren und den Katastrophenschutz müssen deshalb erhöht werden, um eine bessere Gefahrenvorsorge zu gewährleisten (z. B. Alarmierungssysteme für die Zivilbevölkerung, Vorhalten von Notfallmedikamenten, Verbesserung der Ausbildung und Information zum Selbstschutz).</p>	
17	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p><b>Kapitel 03 810</b> Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen <b>Titel 681 11</b> Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz an Empfänger im Inland</p> <p>Der Ansatz von um 10.450.000 EUR auf 250.000 EUR gesenkt. 10.200.000 EUR</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein FDP Enthaltung GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1112

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 17		Begründung: Beitrag zur Deckung von Mehrausgaben.	





Finanzministerium  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den  
Haushalts- und  
Finanzausschuss des Landtags  
Anlage zu Vorlagen 13/1112  
13/1113  
und 13/1114

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2002  
Einzelplan 03: Innenministerium

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Einzelplan 03: Innenministerium  
Anlage: - Änderungen in den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
<b>03 020</b>	<b>Allgemeine Bewilligungen</b>			
636 00	Sonstige Erstattungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	4.090.300	- 113.000	3.977.300
<b>03 030</b>	<b>Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b>			
536 00	Rückführung	15.338.800	- 2.000.000	13.338.800
633 10	Erstattung der Kosten für die zentralen Ausländerbehörden (ZAB)	15.338.800	- 3.000.000	12.338.800
684 10	<u>Förderung der Flüchtlingsarbeit</u> <u>Neuer Haushaltsvermerk:</u> Die Erläuterungen sind verbindlich. Erläuterungen: Die Mittel für die Förderung der Flüchtlingsarbeit werden wie folgt aufgeteilt: Verein zur Förderung der Flüchtlingsarbeit in NRW e.V. (Trägerverein des Flüchtlings- rates NRW) in Dülmen 153.000 EUR Arbeitskreis Asyl NRW e.V. in Köln 103.000 EUR Diakonisches Werk der evangelischen Kirche im Rheinland -Abschiebebeobachtung- Internationaler Verein für Menschenrechte der Kurden (IMK) e.V. in Bonn 46.000 EUR	214.700	+ 117.300	332.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
noch <b>03 030</b>	<b>Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b>			
684 20	Soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen	1.668.100	+ 556.000	2.224.100
684 30	Soziale Betreuung in der Abschiebehaf	264.000	+ 248.800	512.800
<b>03 110</b>	<b>Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</b>			
453 01	Trennungentschädigung und Umzugskosten- vergütung	3.050.000	- 500.000	2.550.000
698 10	Stiftungsanteil des Landes Nordrhein-Westfalen am Deutschen Forum für Kriminalprävention	225.000	- 225.000	0
<b>03 710</b>	<b>Feuerschutz und Hilfeleistung</b>			
883 00	Landeszuschüsse an Gemeinden (GV) zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung Der Haushaltsvermerk Nr. 3 entfällt. Neuer Haushaltsvermerk: Die Zuweisungen können ausnahmsweise auch für Miete und Leasing eingesetzt werden.	38.463.200	-	38.463.200
<b>03 810</b>	<b>Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen</b>			
681 11	Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz an Empfänger im Inland	10.450.000	- 250.000	10.200.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
	<b>Abschluss Einzelplan 03:</b> Einnahmen Ausgaben Verpflichtungsermächtigungen	230.946.100 3.896.898.900 273.688.700	- - 5.165.900 -	230.946.100 3.891.733.000 273.688.700